1972 Februar 19. Jahrgang

Die Neue Gesellschaft 2

Herausgeber:
Willy Brandt
Otto Brenner
Prof. Dr. Reimut Jochimsen
Prof. Dr. Karl Schiller
Friedel Schirmer
Prof. Dr. Carlo Schmid
Prof. Dr. Dr. Theodor Strohm

Redaktion:
Leo Bauer (Chefredakteur)
Dr. Heinz Dieter Bauer
Dr. Karl-Ludolf Hübener
Hans Schumacher
Anschrift der Redaktion:
53 Bonn, Baunscheidtstraße 17
Telefon 23 13 35, 23 13 20

Redaktionsbeirat:
Herbert Wehner
Hans-Eberhard Dingels
Bruno Friedrich
Wolfgang Jansen
Dr. Jens Litten
Dr. Günther Müller
Joachim Raffert
Dr. Werner Thönnessen

Verlag Neue Gesellschaft GmbH
53 Bonn-Bad Godesberg, Kölner Straße 149,
Telefon (02229) 70 31
Postscheckkonto Köln 560 70
Bank: Bank für Gemeinwirtschaft,
Bonn, Nr. 10 11 35 06
Druck: Vorwärts-Druck, 53 Bonn-Bad Godesberg,
Kölner Straße 108–112

Die Neue Gesellschaft erscheint monatlich. Bezug durch die Post, den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.
Einzelheft 3,– DM, Halbjahresabonnement 15,– DM zuzüglich Versandkosten. Kündigung bis 30 Tage vor Halbjahresende.
Studentenabonnement (nur Kalenderjahr) gegen Vorlage einer Studienbescheinigung 20,– DM zuzüglich Versandkosten. Bestellung nur direkt beim Verlag. Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.
Im Bezugspreis sind 5,5 % Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreisliste Nr. 7

Inhalt

Seite	
83	*Herbert Wehner* **Die SPD wird regieren und nicht resignieren** Außerordentlicher Parteitag 1971 — Rückblick und Versuch eines Ausblicks
91	*Bruno Friedrich* **Integration und Reform** Marginalien zum Organisations-Parteitag von Godesberg
97	*Helmut Rohde* **Chancen europäischer Sozialpolitik**
103	*Jürgen C. Weichert* **Den Gesamtzusammenhang im Blick** Kritische Gedanken zur Auseinandersetzung um die sozialliberale Ostpolitik
107	*Ulrich Lohmar* **Die Wissenschaft ist eine Angelegenheit der Gesellschaft**
113	*Walter Grab* **Friedrich Engels — ein unfehlbarer Dogmatiker?**
	Analysen — Diskussion
117	*Klaus Harpprecht* **Unbehagen am Eliten-Bewußtsein**
121	*Josef Benzinger* **Die sozialdemokratische Linke an den Hochschulen**
127	*Helmut Gollwitzer* **Politik aus „christlicher Verantwortung"**
129	*Heinz Donath* **Kasperl-Theater** Marginalien zu Caspar Freiherr von Schrenck-Notzings Demagogie gegen die Demokratisierung
132	*Hans Schulte* **Eigentum und Eigentumspolitik**
135	*Manfred Opel* **Stagflation — ratlos?**
138	*Wolfgang Deuling* **Noch einmal: Systemüberwindende oder systemverbessernde Reformen?**
141	*Walter Schilling* **Kooperation zwischen demokratischen Sozialisten und DKP?**
143	**Chronik des Jahres 1971 — 2. Halbjahr**
153	**Leserbriefe**
155	**Kritik**
160	**Bei der Redaktion eingegangene Bücher**
160	**Mitarbeiter dieses Heftes**

Zum Inhalt

Ein starkes Echo in der Öffentlichkeit hat der außerordentliche SPD-Parteitag im November/Dezember 1971 in Bonn-Bad Godesberg gefunden. Wie wenig die nach harter Diskussion erreichten Beschlüsse als „Eintagsfliegen" einzustufen sind, zeigt die Tatsache, daß sich Kommentatoren aller Schattierungen noch Wochen später mit den Ergebnissen auseinandersetzen — kritisch und fair, aber auch verfälschend und diffamierend. Nachdem bereits in der NG 12/71 und 1/72 einzelne Themen analysiert wurden, unternimmt in dieser Nummer Herbert Wehner den Versuch, den gesamten Parteitag in die weitere Entwicklung der SPD einzuordnen — insbesondere mit dem Blick auf das Wahljahr 1973.

Nicht behandelt werden konnten bislang aus drucktechnischen Gründen Fragen der Parteiorganisation, die am „zweiten" außerordentlichen Parteitag im Dezember auf der Tagesordnung standen. Bruno Friedrich holt das nach, bewertet die Organisationsreform und zeigt künftige Perspektiven auf.

Unter oppositionellem Dauerfeuer ist die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau eingeleitet worden. Die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition wird auch in den kommenden Monaten im Brennpunkt des öffentlichen Interesses stehen. In einem Beitrag rückt Jürgen C. Weichert einige sich hartnäckig haltende, aber schiefe Argumente zurecht.

Über die Ostdebatte sollte jedoch nicht die Europapolitik vergessen werden. Insbesondere die soziale Komponente wird in der EWG in den Vordergrund rücken müssen. Helmut Rohde beschäftigt sich mit Chancen europäischer Sozialpolitik; er erläutert methodische Ansätze und Schwerpunkte.

Beilagenhinweis

Diesem Heft sind beigelegt Prospekte des Leske-Verlags und von GUT-Reisen.

Jürgen C. Weichert

Den Gesamtzusammenhang im Blick

Kritische Gedanken zur Auseinandersetzung um die sozialliberale Ostpolitik

Als am 31. Januar 1971, um 6.00 Uhr früh, nach elf Jahren absoluter Pause das erste direkte Gespräch auf einer der zehn Telefonleitungen geführt wurde, die an diesem Tage zwischen dem Fernsprechamt Winterfeldstraße in Berlin (West) und dem Haupttelegrafenamt in Berlin (Ost) geschaltet waren, fand das verwunderlicherweise ein Echo über alles Maß. Der beginnende Prozeß einer Normalisierung auch in dieser Stadt wurde greifbar. Inzwischen sind 150 Kabelverbindungen in Berlin hergestellt. Aus den 34 früheren Leitungen zwischen dem Bundesgebiet und dem Gebiet der DDR werden Ende März 134 modernisierte Sprechverbindungen. Ein Abkommen zwischen den Postverwaltungen beider Staaten hat zunächst bis zum Jahre 1974 ein umfassenderes Normalisierungsprogramm für den Fernsprech- und Fernschreibverkehr festgelegt. Schon haben die Menschen davon Besitz ergriffen, und die politischen Implikationen, scheint mir, werden nur selten noch beachtet und bedacht.

Bemerkt und bemängelt wurde dagegen, daß keine Verminderung der Kontrollen und keine Beschleunigung der Abfertigungen an den Grenzübergangsstellen festgestellt werden konnten, wie es die Absprache zwischen den Staatssekretären Bahr und Kohl möglich macht: durch eine vorgezogene Pauschalierungsregelung die Reisenden im Berlin-Verkehr bereits jetzt und vor Inkrafttreten des Transitabkommens von den bisher erhobenen Transit- und Visagebühren zu entlasten. Offenbar hatte auch dieser Vorgang im Verständnis der Öffentlichkeit keinen Bezug zu den Vorgängen, mit denen die Meinungen und Gemüter in diesen Tagen so stark beschäftigt werden: die Frage der Ratifizierung der Ostverträge und ihrer politischen und rechtlichen Konsequenzen, und die Chancen der einen und die Absichten der anderen bei den Regelungen für Berlin.

Bahr und Kohl hatten ihr Abkommen unterzeichnet, künftige Nichtbehinderung und ein einfacher, schneller und günstiger Verkehr waren zugesagt. Nun bekam man an den Übergangsstellen mitgeteilt, daß man die Gebühren nicht selbst zu entrichten habe. Aber das schien schon alles zu sein. Nachrichtenagenturen, Fernsehanstalten und Zeitungen vermittelten die Stimmung dieser Reisenden. Kaum wurde einmal erwähnt, daß das von den Leitern der Delegationen beider Regierungen unterzeichnete Abkommen, das für den Alltagsverkehr künftig tatsächlich die erwarteten Erleichterungen und Beschränkung der Kontrollmaßnahmen vorsieht, noch nicht in Kraft getreten ist und nicht in Kraft treten kann, solange nicht andere Schritte getan sind, die hier ihren di-

Ministerialdirektor Jürgen C. Weichert

rekten Zusammenhang haben. Daß diese Schritte insgesamt erst gewährleisten können, daß die Regelung für den erleichternden, beschleunigten, konfliktfreien Verkehr dauerhaft bleibt.

Zweifel und Mißtrauen in der Auseinandersetzung der Politiker mit der Regierungspolitik entzünden sich vielmehr gerade an dieser Betrachtungsweise, die erkennt, daß das Anormale an diesen Grenzen und Übergangsstellen und die viel grundsätzlichere Bereinigung ihrer Ursachen mit dem Schicksal der Ostverträge in mittelbarem Zusammenhang stehen. Die Ratifizierung dieser Verträge entscheidet nicht nur darüber, ob es einen sicheren Verkehr von und nach Berlin gibt, der in der schnellsten, günstigsten und einfachsten Weise erfolgt, wie es der Abkommenstext vorsieht, sondern auch ob die Ordnung der Verhältnisse zwischen den beiden deutschen Staaten über die Verbesserungen technischer Bedingungen und eine vordergründige Anpassung an die Konditionen einer weltpolitischen Meinungslage hinausgehen wird und einen wirksamen Beitrag für die Sicherung des Friedens im Zentrum Europas liefert.

Gerade hier bedarf es in diesen entscheidungsvollen Tagen Augenmaß, und man kann in dieser Situation weder der schnellen Gewöhnung noch der gedankenlosen Erwartung ein mildes Amüsement abgewinnen, mögen sie sonst auch als Attribute einer (hier vorschnell beanspruchten) Normalität gelten.

Die deutsche Frage — so sagte der Abgeordnete Baron von Wrangel in einer heftigen Debatte um die Deutschlandpolitik der damaligen Großen Koalition — muß in den ungewöhnlich komplizierten internationalen Zusammenhang gestellt werden, und Deutschlandpolitik ist — so fuhr er fort — immer ein Stück auswärtiger Politik. Das war zu dieser Zeit weniger allgemeine Erkenntnis als heute. Mir ist im Chor der Kritik momentan nur eine Stimme bekannt, die das Berlin-Abkommen zwar als befriedigend bezeichnet, aber Anstoß daran nimmt, daß es den politischen Zusammenhang mit den Moskau- und Warschau-Verträgen gibt. Nein, die übrigen Kritiker behaupten vielmehr, daß ein fundamentales Mißverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung bestehe und die in den Verträgen mit Moskau und Warschau vollzogenen Feststellungen und Absichtserklärungen eine gefährliche und ungerechtfertigte Vorleistung der Bundesregierung bedeuteten, für die es kein Äquivalent in den innerdeutschen Abkommen und in der Berlin-Vereinbarung gäbe. Mit dem Blick auf die Waage von Leistung und Gegenleistung allein kann der politische Prozeß nicht gemessen werden, der die Welt hoffen läßt, es könnte möglich werden, daß gerade die Deutschen in der harten und gefährdeten Arbeit für den Frieden kooperieren und gemeinsam vielleicht den entscheidenden Schritt in die erste Etappe einer europäischen Friedensordnung tun.

Am 17. Juni 1967 hat der damalige Bundeskanzler Kiesinger eine denkwürdige Rede gehalten. Ein politisches Zeugnis seiner Amtszeit, das man im Gedächtnis behalten sollte. Ich meine seine Worte, mit denen er eine prinzipielle, die deutsche Frage einschließende, aber nicht auf sie beschränkende Gewaltverzichtsvereinbarung als zentrale Aufgabe der deutschen Ostpolitik bezeichnete. Weil, wie er sagte, diese Politik sich in einer Welt abspiele, *„in der von jedem Punkt des Planeten aus der ganze Friede gefährdet werden kann"*. Das neue und entscheidende seiner Erklärung lag in der hieran geknüpften Mahnung, daß die neue „beweglichere" Politik sich von der Einsicht leiten lassen solle, daß man auch dann, wenn politische Positionen sich so hart gegenüberstünden wie in diesem Lande, nicht darauf beschränken dürfe, das zu bewahren, *„was uns geblieben ist, unsere eigene Freiheit und die Verweigerung der Anerkennung eines zweiten deutschen Staates durch die Welt"*. Eine solche, rein defensive Politik würde uns von Jahr zu Jahr in größere Bedrängnis führen. *„Sie würde uns nicht nur keinen Schritt vorwärts bringen, sie könnte uns auch das gar nicht bewahren, was sie bewahren will, denn die Zeit wirkt nicht für uns."*

Dr. Kiesinger hatte hiermit zum ersten Mal für eine Bundesregierung den Standort der deutschen Probleme in dem Prozeß anvisiert, der seit der Mitte der 60er Jahre dem Versuch zugewandt war, dem bis dahin verschiedentlich motivierten und interpretierten Begriff einer friedlichen Koexistenz der gegensätzlichen Ordnungen in Europa — angesichts der latenten Gefahren für den „ganzen Frieden" — die Möglichkeit der praktischen Verwirklichung zu öffnen. Noch im Jahr zuvor war das Angebot der damaligen Bundesregierung, Gewaltverzichtsverträge zu schließen an der Frage nach der Regelung der Verhältnisse innerhalb Deutschlands vorbei, nur an die östlichen Nachbarstaaten gerichtet worden. Natürlich geschah das nicht, weil die Deutschlandpolitik sich nicht auf ausschließlich friedliche Mittel beschränkt wissen wollte, sondern weil die DDR-Regierung nach damaliger Vorstellung auch für Verhandlungen mit der Bundesregierung weder ein zuständiger noch ein gleichberechtigter Partner sein konnte. Für das Verständnis der angesprochenen Staaten und ihrer Verbündeten aber wurde damit die Gewaltverzichtsnote aus der Bundeshauptstadt ein Versuch, das „sozialistische Lager" auseinanderzudividieren, und so blieb dieses Angebot ohne Resonanz.

Umgekehrt muß angemerkt werden, daß der Begriff der „friedlichen Koexistenz" von kommunistischer Seite als Instrument der Auseinandersetzung mit dem Westen stets parat war und höchst unterschiedliche Anwendung fand. In der DDR gehört untrennbar die Forderung dazu, die ideologische Geschlossenheit im Inneren zu stabilisieren. Aktuellen Ausdruck findet das in der Abgrenzungstheorie der SED. *„Ideologische Festigkeit und kompromißloser Kampf gegen die imperialistische Ideologie und gegen den Sozialdemokratismus sind eine wesentliche Voraussetzung für eine aktive Politik der friedlichen Koexistenz"*, so formulierte Erich Honecker einen Tag nach der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik und Polen in Warschau. Doch das bedeutete gleichzeitig außenpolitisch den Schritt weg von der Ulbricht-Doktrin und damit das Signal einer beträchtlich geänderten Lage.

Solange die Bundesrepublik nicht bereit gewesen war, das Verhältnis zur DDR und ihr Konzept für eine Regelung der deutschen Nachkriegsprobleme in den Zusammenhang ihrer Bemühungen um einen Ausgleich mit den östlichen Nachbarn zu stellen, hatte die Interessenlage der DDR bei ihren Verbündeten für den praktischen Fortgang einer europäischen Entspannung letzten Endes ausschlaggebendes Gewicht. Und die Beschreibung dieser Interessenlage durch die DDR orientierte sich an unakzeptablen Größen, solange es ihr gelang, den von ihr genährten Zweifel plausibel erscheinen zu lassen, daß es sich bei den Offerten aus Bonn um eine neue Variante des alten Versuchs handele, die DDR bei der Neuordnung der politischen Szene in Europa auszumanövrieren. Noch in der Zeit der politischen Initiativen der Großen Koalition blieb ihre Obstruktion gegen Verhandlungen ohne vorherige völkerrechtliche Verhandlungen ungebrochen und machte jede Verständigung darüber zunichte, wie der Prozeß zu einer gemeinsamen Erarbeitung einer Ordnung friedlichen Zusammenlebens in Gang gebracht werden könnte.

Was die Vorstellung der friedlichen Koexistenz in Europa praktisch bedeuten kann, wird noch heute unterschiedlich beurteilt. Karl Eduard v. Schnitzler engagierte sich kürzlich heftig im Fernsehen für die darin verwirklichte Vision des Wettkampfs der Ideologien, Ideen und Leistungen. Wir sprechen sparsamer zunächst noch von der Voraussetzung einer friedlichen Ordnung des Wettbewerbs: Vom Modus vivendi, von der Kunst und dem Willen, bei allen Gegensätzen miteinander auszukommen unter Verzicht auf Drangsal und Gewalt.

Der entscheidende Wandel in einer der Entspannung zwischen West und Ost im Grunde zugewandten, aber festgefahrenen Situation kam mit dem Programm der Regierung Brandt/Scheel. Die von Willy Brandt und Herbert Wehner erhobene Forderung, beim Gespräch und beim Verhandeln zwischen den Fronten von dem auszugehen, was ist, und den Anstrengungen um den Abbau von Konflikten Vorrang zu geben vor dem Austragen oder der Abgrenzung von Rechten und Interessen, erhielt nun das Gewicht amtlicher Politik.

Der Gedanke ist:

1. In keinem Zusammenhang gibt es den Rechtsvorbehalt zur Anwendung von Gewalt. Das wird von beiden Seiten versichert.
2. Die grundsätzlichen Rechtspositionen bleiben unangetastet. Für Verhandlungen und Vereinbarungen gilt die Gleichberechtigung, die Nichtdiskriminierung und die Unabhängigkeit beider Seiten in der Regelung innerer Angelegenheiten.
3. Nicht in der Konfrontation, sondern gemeinsam werden die Vorbedingungen und Schwierigkeiten für die Normalisierung des gegenseitigen Verhältnisses besprochen und geprüft.
4. Das ist der Ausgangspunkt, um Übereinkünfte zur Konfliktminderung zu finden, soweit Gegensätze prinzipieller Natur berührt sind und bestehende Spannungen nicht bereits durch die Normalisierung des Umgangs ausgeräumt werden können.

Diesem Konzept folgten die Verhandlungen mit der Sowjetunion und Polen, die Verträge von Moskau und Warschau vom August und Dezember 1970: Verzicht aller Beteiligten auf jede

Anwendung von Gewalt. Für die UdSSR macht das auch nach den Worten ihres Außenministers die Interventionsrechte der Siegermächte (nach Art. 53 und 107 UN-Charta) gegenstandslos. Achtung der territorialen Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen: Für die Bundesrepublik wird die Unverletzlichkeit der Westgrenze Polens und der Grenzen zwischen der Bundesrepublik und der DDR ausdrücklich bestätigt.

Nach den Worten des sowjetischen Außenministers stehen künftige Schritte zu friedlichen Vereinigungen diesen Vertragsbestimmungen nicht entgegen. Die Bundesregierung unterstreicht – das unwidersprochen – bei Unterzeichnung des Moskauer Vertrages im Brief zur deutschen Einheit. Alle Beteiligten bekräftigen den Willen, die Normalisierung zu fördern. Trotz der bestehenden Gegensätze wird der Wille zur Zusammenarbeit für ganz konkrete Bereiche verabredet. Die polnische Regierung informiert über Maßnahmen zur Fortführung der Familienzusammenführung.

Noch sind das nicht der Auftakt der friedlichen Ordnung des Zusammenlebens und die praktische Gestaltung der Entspannung selbst. Ein Terrain ist aber abgesteckt. Und die Dinge kamen in Fluß – auch und zuerst für den Versuch einer Normalisierung der Lage in Deutschland.

Den ersten Impuls erhielten die Gespräche der Vier Mächte um Berlin. Ihr Erfolg wurde als Testfall bezeichnet. Das war logisch. Hier mußte erhärtet werden, daß es dauerhafte und belastbare Regelungen gibt, die es einer beginnenden Epoche erlauben, mit Überzeugung vom Frieden und von der Koexistenz zu sprechen. Auch in einer solchen Stadt, in deren künftigem Schicksal auf engstem Raum die stärksten Gegensätze verflochten bleiben.

Und weitere Zusammenhänge sind offensichtlich. Entgegen der verbalen Ablehnung durch die Gesprächspartner in Kassel wurden die 20 Punkte, mit denen Bundeskanzler Brandt die Elemente und Grundsätze für eine Regelung des Verhältnisses zwischen den beiden Staaten (in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit und in ihrem praktischen Zusammenhang) beschrieb, in den Meinungsaustausch einbezogen, der in Fortführung der Treffen von Erfurt und Kassel zwischen Delegationen der Bundesregierung und der Regierung der DDR im Oktober 1970 wieder aufgenommen wurde. Der Meinungsaustausch begann ohne jeden Vorbehalt. Von den früheren Vorbedingungen der DDR wurde abgesehen. Die Logik dieses Entschlusses weist auf die Verfahrensformel zurück, wonach den praktischen Versuchen der Normalisierung und Entspannung Vorrang vor dem Austragen oder der Abgrenzung von Rechten und Interessen gegeben wird.

Die deutschen Abkommen zur Ergänzung und Durchführung die Vier-Mächte-Regelung für Berlin waren ein erstes Resultat. Verhandlungen über einen umfassenden Verkehrsvertrag sind im Gange. Auch hier wird das schlichte Prinzip vom „do ut des", dem Abtausch von Leistung und Gegenleistung, der gestellten Aufgabe und den bestehenden Zusammenhängen nicht gerecht. Beide Seiten haben sich für den Versuch entschieden, die Arbeit am Modus vivendi der beiden deutschen Staaten aufzunehmen. Jeder Schritt voran und jeder Schritt zurück wird als Anteil der Deutschen an der europäischen Verantwortung für den „ganzen Frieden" gewertet werden.

„Herr Barzel sagt ..., das Selbstbestimmungsrecht müsse in das Vertragswerk aufgenommen werden. – Tatsache ist doch aber, ... daß sowohl die Rechte der Vier Mächte – ihre Rechte in bezug auf Deutschland als ganzes – wie das Recht auf eine friedensvertragliche Regelung, wie das Recht auf Selbstbestimmung unseres Volkes bei unseren Verträgen gewahrt bleibt. Und dann spricht Herr Barzel weiter von einer verbindlich vereinbarten Absicht, in zu frage ich ..., ob nicht nach allem, was wir Deutschland Freizügigkeit herzustellen. Da- in diesen Jahren erlebt haben, und 1971 verglichen mit 1961, dem Jahr der großen Berlin-Krise, die Berlin-Vereinbarungen statt des Geredes ein realer Schritt in Richtung auf Freizügigkeit sind.

Und ich frage, wenn es eben nicht um Scheingefechte, sondern um eine reale Klärung der Probleme gehen soll, weiter, ob jemand ernsthaft glaubt, daß es hierzu ohne unseren Vertrag mit der Sowjetunion gekommen wäre.

Es ist leicht für die CDU/CSU, von der Sowjetunion etwas zu verlangen, was sie, die CDU/CSU, 20 Jahre lang in der Regierungsverantwortung selbst nicht hat erreichen können."

(Willy Brandt auf dem außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg am 17. 12. 1971)